

HH Rede RR 2024

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
werte Stadtratskollegen,

in meiner Haushaltsrede im Februar 2021 sprach ich vorausschauend bereits von „den seit Jahrzehnten schwierigsten, gerade erst richtig beginnenden wirtschaftlichen Krisenzeiten.“ Damals warnte ich: „[D]ie Auswirkungen der desaströsen Corona-Politik der Bundes- und Landesregierung werden sich in 2022 und wohl darüber hinaus noch verschärfen.“ Nun kamen seit 2022 zwei weitere Krisen hinzu, die die aktuelle Bundesregierung aus SPD, FDP und GRÜNEN nicht vermochte abzuwehren bzw. sie selbst verursacht hat. Beide zusätzlichen Krisen haben eine durchschlagende Wirkung auch für die globale Haushaltssituation der Stadt Lindau heute und in den kommenden Jahren: Es ist dies die Energieverknappung und Inflation, die sich im Rahmen einer verfehlten Energiepolitik und im Zuge des Ukraine-Kriegs verschärft haben sowie der in Teilen für verfassungswidrig, ja nichtig erklärte Haushalt der Bundesregierung durch das Bundesverfassungsgericht. Die Auswirkungen auf Fördermittel für einzelne Bürger und die Kommunen sind ein Schock und dabei noch gar nicht in Gänze abzusehen.

Trotzdem möchte ich an dieser Stelle unserer Oberbürgermeisterin Dr. Alfons und dem stellvertretenden Kämmerer Tobias Pellot ein ausdrückliches Lob aussprechen. In von ihren Vorgängern geerbten, sehr schwierigen Rahmenbedingungen haben Sie einen ernsthaften Sparwillen zum Ausdruck gebracht und das für 2024 geplante Haushaltsvolumen deutlich abgesenkt.

So werden es auch die Bürger zu schätzen wissen, dass die Stadt Lindau nicht, wie manch andere Gemeinde, an der Grundsteuerschraube gedreht hat. Die Stadt Lindau ist als Standort für Unternehmen weit über die regionalen Grenzen hinaus attraktiv und es gelingt aufgrund der außerordentlich schönen Lage am Bodensee auch relativ gut, die benötigten Fachkräfte anzuziehen.

Doch langfristig darf der Bogen nicht überspannt werden: Öffentliche Ausgaben müssen auf das Wesentliche begrenzt werden, Bürger und Wirtschaft müssen in schwierigen Zeiten entlastet werden, um im Standortwettbewerb nicht abzusmieren.

Dieser Anforderung wird der Haushaltsentwurf 2024 zumindest insofern gerecht, dass die Anfang 2023 noch geplanten Kreditaufnahmen für 2024 um die Hälfte abgesenkt werden. Lindau rangiert schon seit Jahren unter den pro Kopf am höchsten verschuldeten Kommunen ganz Bayerns. Den zukünftigen Generationen, unseren Kindern und Enkeln, sollten nicht maßlos neue Bürden aufgeladen werden.

Der Neubau der Mittelschule wäre eine Ausgabe zum Nutzen der jungen Generation. Aber bei diesem 50-Millionen-Projekt ist es in der aktuellen Lage leider, wirklich leider sinnvoll, auf die Bremse zu treten bis die Finanzierung sichergestellt werden kann. Hier ein wenig abzuwarten birgt auch die Chance, möglichst noch weitere Fördermittel über die bereits zugesagten hinaus einzuwerben.

Ausdruck der haushälterischen Vorsicht und Vernunft ist die beschlossene Maßgabe, dass mittels Sperrvermerk vorerst nur 700.000 der für die Schulplanung vorgesehenen fast 4 Millionen Euro im Jahr 2024 freigegeben werden bis die Finanzierung des Gesamtvorhabens in trockenen Tüchern ist.

So wichtig sichere Radwege auch sind, gerade für aufs Fahrrad angewiesene Schüler: Radwege-Großprojekte wie die „Bodensee-Fahrradstraße“ sollten zukünftig im Sinne einer für alle Verkehrsteilnehmer angemessen in Stand gehaltenen und sicheren Straßen- und Brückeninfrastruktur bewertet werden. Es kann nicht sein, dass für die Vielzahl der überfälligen Sanierungen von Brücken, Straßen, Geh- und Radwegen nur gut ein Viertel weniger an Haushaltsvolumen im Vermögenshaushalt 2024 vorgesehen wird als für ein Einzelvorhaben, das primär im Interesse auswärtiger Radtouristen ist, wenngleich es mit sinnvollen Sanierungsmaßnahmen an der Leitungsinfrastruktur vor Ort verbunden werden konnte.

Voll unterstützen möchte ich alle Überlegungen zur langfristigen Konsolidierung des Haushalts der Stadt Lindau im Personalbereich im Zuge der Welle der Renteneintritte bis 2030. Wenn es hier gelänge, das Personaltableau durch Abbau von Bürokratie, Effizienzsteigerung bei Abläufen und Inwertsetzung von Digitalisierungspotenzialen dauerhaft um 20 Vollzeitstellen zu reduzieren, dann käme dies dem Ziel der Verschlinkung der öffentlichen Verwaltung – nach einem jahrelangen Trend zur Aufblähung und entsprechenden Kostensteigerung zulasten des Steuerzahlers – entgegen.

In vorangegangenen Jahren hatte ich die Haushaltsentwürfe der Stadt Lindau aufgrund des stetig wachsenden Schuldenbergs abgelehnt. Doch heute will ich, als Vertreter der Alternative für Deutschland im Stadtrat Lindau, trotz weiter verschlechterter Ausgangslage die ernsthaften Bemühungen unserer Oberbürgermeisterin und der Verwaltung um Aufstellung eines dauerhaft leistungsfähigen Haushalts würdigen und der Haushaltssatzung für das Jahr 2024 zustimmen.

Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches, glückliches Neues Jahr 2024.

Vielen Dank!